

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Berantwortlicher Redakteur und Herausgeber die Seite Welt: Ernst Wittmaak Magdeburg. Berantwortlicher für Innere: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pannier u. Co., Magdeburg. Gewerkschaftsseite: Dr. Münnich, 2. Dezember 1887. Redaktion und Druckerei: Dr. Münnich, 2. Dezember für Redaktion 1794, für Druckerei bei

Bräunmerans sagbarer Abonnementpreis: Viertertjährl. (incl. Bringerlohn) 2 Mr. 25 Pf. monatlich 80 Pf. Per Kreuzbahnmonat 76 Pf. 2. et. den Volumenhalben 2.25 pf. Beifigeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und andere Nummern 10 Pf. Abonnementgebühr: alle 7 geballte Rötelhefte 15 Pf., auswärtis 25 Pf., im Bestandteil 1 Mr. Zeitungsliste Seite 422

Nr. 258.

Magdeburg, Freitag den 10. Dezember 1909.

20. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

Die Freiheit in Preußen.

1. Pressefreiheit.

Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. (Artikel 27 der preußischen Verfassung.) Das Schöffengericht in Hamm i. W. verurteilte am 7. Dezember den verantwortlichen Redakteur des "Simplissimus" zu der in Kulturländern unglaublichen Strafe von sechs Monaten Gefängnis, weil er sich erlaubt hatte, ein Bild zu veröffentlichen, durch das die seinerzeit so viel beprochene Humanität der Bevölkerung von Radbod illustriert wird. Kurz nach der furchtbaren Katastrophe in den Gruben von Radbod, die mit einem Schlag mehr als dreihundert brave Bergleute dahinwarf, drangen Nachrichten in die Öffentlichkeit, die darauf schließen ließen, daß sich die Beherren ihrer Pflichten gegenüber den Hinterbliebenen der in ihrem Dienst gefallenen Arbeiter nicht hervorhoben. Man sprach von unständlichen Lohnverrechnungen und Drogierungen der Radbodarbeiter. Eine lebhafte Erbitterung über die menschenfeindlichen Methoden der kapitalistischen Profitwirtschaft trat in den weitesten Kreisen zutage.

Aus jener Stimmung entstand das Bild des "Simplissimus", für das Gulbransson verurteilt wurde, ein Bild, das keinem, der es gesehen, so leicht aus der Erinnerung schwinden wird. Man sah darauf den furchtbaren Trümmerfall der Bergwerkskatastrophe, die Menschen, die in der Tiefe der Grube verschwanden, und las darunter ein

Zettel, auf dem dieses Verbrechen wider das Geheimnis des goldenen Kalbes mit 6 Monaten Gefängnis bestraft worden. Ein Urteil, das in keinem andern Staate der Welt möglich wäre als in Preußen, und wohl selbst in Preußen an keinem andern Orte als im Kohlenrevier. Nur in jener Atmosphäre, die durchdrückt ist von Respekt vor der alles überragenden Bedeutung des industriellen Unternehmertums, nur in einer Gegend, wo Syndikate und Arbeitgeberverbände stärker und unantastbarer als alle Staatseinrichtungen sind. Nur in einer solchen Gegend konnte die Ehre der Bevölkerung von Radbod so hoch eingeschätzt werden, daß man es für notwendig hielt, zum Zwecke ihrer Wiederherstellung einen ehrlichen Kritiker auf ein halbes Jahr ins Gefängnis zu schicken.

Vergebens hat der "Simplissimus" sein Hauptlager südlich des Mains aufgeschlagen. Mit Hilfe des liegenden Gerichtsstandes schlepppt man seinen Redakteur nach Preußen, um ihn hier zu verurteilen. Hätte der Bebenverbund in Stuttgart geklagt, so wäre Gulbransson freigesprochen worden. So flagte sie lieber in Preußen; sie weiß ja, daß jeder Preuße das Recht hat, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck und insbesondere auch durch bildliche Darstellung frei zu äußern, wie Gulbransson es getan hat.

2. Freiheit der Wissenschaft.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. (Art. 20 der preußischen Verfassung.)

Die Freie Studentenschaft der Universität Königsberg i. Pr. hat sich die Aufgabe gestellt, durch Vorträge den Hochschulunterricht in der Richtung einer allgemeinen staatsbürgerschen Bildung zu ergänzen. Sie wollte daher auch in dem laufenden Wintersemester ihren Zugehörigen Gelegenheit geben, das Weis der verschiedenen politischen Parteien mit größtmöglicher Objektivität studieren zu können. Wie aber könnte man das besser, als daß man für jede Partei, deren Weis gechildert werden soll, einen ihrer berufenen Vertreter selbst er sucht, die Schilderung zu übernehmen. Ein alt politischer Parteiengeliegt in einem solchen Vorgang ganz gewiß nicht. Im Gegenteil, die vollständigste wissenschaftliche Objektivität und Unparteilichkeit wird so auf geradezu ideale Weise gewahrt.

Der Vorstand der Freien Studentenschaft hatte aber seine Rechnung ohne den Prorektor Händke gemacht. Dieser Alufäigtsbeamte der königlich preußischen Wissenschaft verbot zunächst einen Vortrag des freisinnigen Abgeordneten Ohnsorg über Liberalismus. Dieses Verbot erwies sich, jedoch als unhaltbar, und der Vortrag fand statt. Nun hatte aber der Prorektor in der "Hartungischen Zeitung" über den ganzen Vorfall in einer Weise berichtet, die den Vorstand der Freien Studentenschaft zu einer Reaktion zwang. Derselbe Prorektor, der sich durch sein eigenes Verhalten vor der ganzen Welt auf das kleinste bloßgestellt hatte, erhielt nun dem Vorstand der

Freien Studentenschaft wegen dieser Berichtigung einen Verweis. Eine wahrhaft wissenschaftliche Methode, einen Sachstreit auszutragen, daß die eine Partei der andern einen Rüssel erteilt, weil sie so unverschämmt ist, recht zu haben.

Aber weiter! Der preußische Rektor verbietet nun einen Vortrag des Genossen Haase über die Sozialdemokratie! Einen streng wissenschaftlichen Vortrag im Rahmen eines streng wissenschaftlichen Zyklus! In Halle schafft man die Studenten durch Rektoratsverbot in die staatserhaltende Wahlarbeit, in Königsberg verbietet man ihnen, sich in objektiver Weise über das Wesen der politischen Parteien zu orientieren! —

3. Wahlfreiheit.

Jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Fähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Wählender. (Artikel 70 der preußischen Verfassung.)

Doch die Freiheit von 85 Prozent der preußischen Wähler blos darin besteht, sich von den übrigen 15 Prozent überstimmen zu lassen, liegt im Wesen des Klassenwahlrechts. Aber selbst als Klassenwähler genießt der preußische Staatsbürger keine Freiheit. Der Regierungspräsident in Oppeln hat zwar den wegen ihrer Wahlabschließung genehmigte regelten Kattowitz Lehrer eine Audienz gewährt, so daß die Meinung entstand, die Zurücknahme der Strafmäßigkeiten stehe bevor. Er hat sie aber, wie sich jetzt herausstellt, bloß zu sich beschieden, um ihnen zu sagen, daß es bei der Maßregelung verbleibe, weil ein Exempel statuiert werden müsse. Einem Exempel hat aber die preußische Regierung noch nicht genug; es ist auch, wie jetzt offiziell bekannt wird, eine größere Anzahl von Eisenbahnen beauftragt, um die Kosten des Exempels zu decken.

So steht es in Wirklichkeit in Preußen. Die preußische Pressefreiheit, preußische Freiheit der Wissenschaft, preußische Freiheit in der Ausübung des Wahlrechts — das aber ist die preußische Verfaßung? Sie ist die größte Lüge, die jemals in die Welt gesetzt wurde, und hätten die Mehrheiten in beiden Häusern des preußischen Landtags nur ein bisschen Sinn für Ehrlichkeit, so würden sie so schnell als möglich die Aufhebung dieser Verfassung beschließen. Gesicht das aber nicht, vielleicht weil sie es nicht wollen, vielleicht auch, weil sie es nicht können, dann muß das preußische Volk dafür sorgen, daß dieser Betrug ein Ende nimmt und daß in Preußen Zustände geschaffen werden, die dem Geiste der Verfassung wirklich entsprechen. —

Der Reichtum des englischen Adels.

I.

Seit Monaten ist England erfüllt von den Wehklagen der reichen Herzöge und Lords, des englischen Gegenstands der preußischen Junfer, von denen ein unmerklicher Finanzminister verlangt, daß auch sie einen etwas größeren Teil der Umlösen des Staatshaushalts tragen sollen. Der Kampf um das Budget, der sich augenscheinlich in England abspielt, ist nichts mehr und nichts weniger als ein Wiederaufstieg der alten Fehde zwischen dem industriellen Bürgertum und dem meist adligen Großgrundbesitz. Es ist ein Streit zwischen dem aktiven und dem stillen Teilhaber im Ausbeutungsgeschäft, bei dem es sich trotz aller verwirrenden Nebenfragen im Grunde genommen darum handelt, wieviel ein jeder direkt zu den gewaltig steigenden Ausgaben beitragen soll, die zum kleineren Teile durch die notwendig gewordene und unaufziehbare soziale Gesetzgebung und zum weitaus größeren Teile durch die riesig anwachsenden Kosten der Kriegsrüstungen verursacht werden.

Obwohl nun die Steuervorschläge des englischen Schatzkanzlers bei weitem besser und vernünftiger sind wie das Ding, das man in Deutschland mit dem spöttischen Namen Finanzreform bezeichnet hat, so wird uns doch nichts darüber hingewünschen, daß für die englische Arbeiterklasse mit ihrer noch schwachen und unklaren politischen Bewegung nur die Brofamen von diesem liberalen Gastmahl absitzen werden. Kühl erwägnde Parteigenossen werden auch in den revolutionären Sitzungen des Herrn Lloyd George den alten Bühnenbonner wiedererkennen, der schon vor Jahrzehnten dem jungen Republikaner Chamberlain gute Dienste geleistet hat.

Wenn sich Kapitalist und Grundbesitzer streiten, hat das englische Proletariat alle Ursache, sich zu freuen. Die englischen Liberalen leisten heute dadurch, daß sie die schier unermöglichkeit Reichthümer der Großgrundbesitzer aus Lages-

licht zerren, der Sache des ausgebeuteten Volkes unfehlbarlich die größten Dienste. Wie ein Märchen aus Laune d und ein Raub mutet einen die Aufzählung der Sägen an, die die Sprößlinge königlicher Mätressen und Duvelmänner der Vergangenheit zusammengefaßt haben. Auch der indifferenteste Arbeiter muß sich beim Anblick all dieses Reichtums die Frage nach dem Woher? und dem Worum? stellen. Überdies wird er Appetit bekommen, gleichsam als stünde er mit seinem wenig verwöhnten Magen vor dem Schaukasten eines großstädtischen Delikatesengeschäfts, und dieser Appetit ist es doch schließlich, der die Welt mehr als alles andre vorwärts treibt.

Was die englischen Lords veranlaßt, sich so grimmig gegen das Budget des Schatzkanzlers zu wehren, ist weniger die Wertzuwachssteuer, die Landbesteuerung oder die Extra-besteuering der hohen Einkommen, als die Tatsache, daß die Finanzbilanz eine Bestimmung enthält, nach der der ganze Boden Großbritanniens abgängig werden soll, was seit der Eroberung Englands durch die Normannen im Jahre 1066 nicht mehr geschehen ist. Man kann sich leicht vorstellen, welche Wirkung auf die Ergebnisse der Einkommen- und Erbschaftsteuer haben wird. Die Furcht vor der Aufdeckung der Steuerhinterziehung würde schon allein genügen, um die wütenden Pläne dieser adeligen Patrioten zu erläutern. Aber was sie vielleicht mehr erregt als alles andre, ist die Befürchtung, daß in künftigen Zeiten einmal ein sozialistischer Schatzkanzler nicht wie der jetzige liberale nur kleine Proben, sondern mit einem ordentlichen Tranchiermesser tüchtige Portionen für die hungrigen Magen der Arbeitslosen Londons und Manchester's von diesem fetten Braten abschneiden will.

Was man heute über den englischen Adel weiß, ist nicht viel mehr als ein Hauch. Ein Hauch, der auf dem Boden eines Hauses steht, das 32 Millionen Mark, der Herzog von Norfolk 30 Millionen Mark und Graf Cadogan 30 Millionen Mark. Die Angaben dieser Einkommen, die diese Aristokraten in London aus ihrem Besitz beziehen, ist eine sehr nötige; sie führt auf der Annahme, daß der Grundbesitz nur 3 Prozent seines Kapitalwertes abwirkt. Die 400 Morgen des Herzogs von Westminster im Westen Londons haben z. B. einen Wert von mindestens 2 Milliarden Mark, was bei 3prozentiger Verzinsung das obenerwähnte Jahreseinkommen von 60 Millionen Mark ergibt.

Alles, was in London lebt und arbeitet, ist diesen Herren untertan. So fest haben diese Bandwucherer die Hand an der Kehle des Volkes, daß ihnen nichts von dem gewaltigen Reichtum, der täglich in der Millionenstadt produziert wird, entgehen kann. Sie vermieten ihr Land gewöhnlich auf 99 Jahre; nach diesem Zeitraum fällt es ihnen mit allem, was sich darauf befindet, wie Häuser, Gärten usw., wieder in den Schöß, ohne daß sie einen Pfennig für die von anderen Leuten errichteten Gebäude und Anlagen zu bezahlen brauchen. In dieser Zeit ist natürlich auch der Boden meist sehr im Werte gestiegen und sie können ihn daher auf einen weiteren Zeitraum oft für den zehn- und zwanzigfachen Betrag des früheren Mietzinses verpachten.

Diese Plünderungsmethode wird durch Gesetze gutgeschützt, die vor etwa 100 Jahren in den von den Grundbesitzern beherrschten Parlamenten geschaffen wurden. In unserer Zeit laufen viele der damals geschlossenen Pachtverträge ab, was, wie leicht zu sehen ist, den Grundbesitzern die Gelegenheit gibt, fabelhafte Reichtümer einzufassen. Sidney Webb schätzt den jährlichen Zufluss des Verkaufsvermögens des Londoner Bodens auf 100 Millionen Mark. Ein in der letzten Zeit oft erwähnter Fall sei hier der nächster Erklärung wegen angeführt. Ein bekanntes Londoner Geschäftshaus mußte kürzlich seinen Pachtvertrag mit dem Grundbesitzer, dem Herzog von Westminster, erneuern. Das Resultat war, daß der Pächter nach dem neuen Kontrakt anstatt 8000 Mark 80 000 Mark als jährlichen Pachtzins und dazu noch eine einmalige "Strafe" in der Höhe von 1 Million Mark an den Grundherrn zahlen mußte.

Dieses Beispiel ist für London typisch. Nur ist aber London nicht das einzige Erntefeld der Landlords; alle Industriegebiete Englands sind ihnen unterworfen und müssen den Strom des durch die harte Arbeit des Volkes gewonnenen Reichtums in die Taschen dieser Parasiten abführen.

10.12.1909

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Dezember 1909.

Man so dhun.

Die Nachricht, daß eine Wahlrechtsvorlage in Vorbereitung für den April des kommenden Jahres in Aussicht genommen sei, wird von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ in lebhafter Weise bestritten. In der Darstellung des reaktionären Blattes Klingt ein drohender Ton durch, und der Sinn der ganzen Entgegnung ist: Es könnte wohl — aber es darf nicht sein. Die Lösung der Konservativen ist nun einmal „So spät wie möglich, so wenig wie möglich und am liebsten gar nicht“.

Im Gegensatz dazu bringt die „National-Zeitung“ im Sinne der gestern ditierten „Straßburger Post“ eine scheinbar inspirierte Mitteilung, wonach wenigstens die „Vorarbeiten“ für die Reform nun auf einmal nahezu fertig sein sollen. Noch im Dezember werde sich die Regierung mit der Materie befassen und Mitte Januar werde das Ergebnis der Vorarbeiten veröffentlicht werden.

Nach den Andeutungen der „National-Zeitung“ will Bethmann nicht das Prinzipwahlrecht einführen, das sich in Sachsen, wo es den Liberalen die ausschlaggebende Stellung verschaffte, im Sinne der Linker „nicht bewährt“ hat, sondern das Ganze soll auf eine Flickarbeit am Dreiklassenwahlrecht hinauslaufen, wobei „die zweite Klasse dem Mittelstand erhalten bleiben soll“.

Glaubt denn Bethmann, daß sich das preußische Volk zufrieden geben wird, wenn er sich darauf beschränkt, so zu tun als ob er etwas täte. —

Gegen die Schiffahrtsabgaben.

Eine ausführliche Denkschrift gegen die Schiffahrtsabgaben veröffentlicht die sächsische Regierung (in Übereinstimmung mit der badischen Regierung) im amtlichen „Dresdner Journal“. Es werden darin die Gründe noch einmal zusammengefaßt, die bereits vom Regierungsrat im Landtag aus gegen die in einer Dankschrift der preußischen Regierung entworfenen Pläne geltend gemacht worden sind. Wörtlich heißt es dann zum Schluß: „Die Regierungen Sachsen und Badens glauben hiermit dargetan zu haben, mit wie überaus weitgehenden gründsätzlichen Bedenken volkswirtschaftlicher, politischer und verfassungsrechtlicher Art die von der königlich preußischen Regierung erstreute Erlaubnung von Schiffahrtsabgaben auf den regulären Strömen verbunden sein würde. Sie können sich der ernsten Sorge nicht erwehren, daß die Bestimmungen der Vorlage weite Kreise Deutschlands wirtschaftlich schädigen, den föderativen Charakter des Reiches anasten, die Eintracht unter den deutschen Bundesstaaten stören und die Autorität in der Unverrückbarkeit der Verfassung erschüttern würde. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß es gelingen möge, die Abgabenfreiheit der deutschen Schiffe, dieses Fahrzeuge der deutschen

Krupp.

Der Geschäftsbereich der Aktiengesellschaft Friederich Krupp steht eine sehr interessante wirtschaftspolitische Thematik vorstellen kann die Kruppsche es nicht vorziehen würden, in ihrem Jahresbericht gar nichts zu sagen. Die Bilanz weist nach Abschreibungen auf Immobilien von rund 17 Millionen gegen 16,5 Millionen im Vorjahr einen

Betriebsüberschuss von 27 375 170 Mark gegen 26 372 677 Mark im Vorjahr für familiäre Bereiche aus. Nach Abzug der Gesamtkosten von 13,94 Millionen (im Vorjahr 12,62 Millionen) ergibt sich ein Einkommen von 13 807 624 Mark gegen 13 488 170 Mark. Hieraus werden 5 Prozent der Gewinnabfuhr und 1 Million der Sonderabfuhr überwiesen, abdem wird die Dividende wie im Vorjahr auf 8 Prozent festgestellt. Der zur Gemüge bekannte Arbeiterschaftsfonds Krupp werden 500 000 Mark aufgeführt.

Über die Rentabilität der Kruppschen Unternehmungen eben die beröffenlichen Zahlen durchaus keinen Aufschluß. Es zeigt sich hier mit aller Deutlichkeit der schlimme Mangel unserer elektrischen Erfassungen über die Aktiengesellschaften, denn bei so gewaltigen Bedeutung, die die Riesenbetriebe für das ganze Gesellschaftsleben haben, ist eine zuverlässige Kontrolle ihrer Gesamtaktivität und ihrer wirklichen Ergebnisse eine unzureichende und politische Ratlosigkeit.

Schon bei der Gründung der Aktiengesellschaft Krupp berührte in Sachsen, daß die Familie Krupp und ihre Direktoren die Rahmen getroffen haben, um die Gewinne unmöglich niedrig erhöhen zu lassen. Die Rentabilität der Aufsichtsräte läuft sich auf etwa 210 000 Mark ermitteln, die auf fünf Aufsichtsratsmitglieder verteilt sind. Es gehören zur Aufsichtsrat Krupp v. Solingen und Solingen, der den Sitz in Berlin), Ludwig Delbrück (Berlin) und Georg von Giesebrecht (Berlin). Für das berücksichtigte Aufsichtsratsmitglied Kosten keine Rechnung hingenommen worden.

Bei der Sitzversammlung und zum Krupp-Aufsichtsrat erhoben wurde, daß er in der Verwaltung des Reichsministeriums tätig in der Sudetenkommission des Reichsgerichts wurde im vergangenen Jahr die Einschätzung, die er als Aufsichtsrat bei dem Reichsgerichtsamt auf 190 000 Mark jährlich angegeben. Erstehen ist offizielle Stimme in dem Berichte, daß das in tatsächlichen einen angelegte Vermögen der Kruppschen Gesellschaften für Beamte und Arbeiter nicht in der Bilanz zu finden enthält ist. —

Die geschäftsführenden Kriegsveteranen.

Da den Freiwilligen Kriegsveteranen wird jetzt damit gerechnet, bewilligt in den Genug der Veteranen-Gesetz zu kommen, die der Reichstag ihnen durch Einschaltung des Gesetzes vom 13. Juli 1907 zugedacht hat. Dieses ist aber bestimmt noch nicht, denn wie geschildert wird, da der Entwurf vom Bundesrat nicht angenommen wer-

den, weil in ihm ein Formfehler enthalten ist. Für den Reichstag ergibt sich jetzt die Notwendigkeit, einen neuen Entwurf anzunehmen und ihm dem Bundesrat zu unterbreiten. Wenn dies geschehen wird, ist noch sehr unbestimmt: besondere Eile wird man jedenfalls nicht an den Tag legen.

Die konservative Fraktion, die vom Reichstag eine Ausdehnung der Veteranenbeihilfe verlangte, hat ihre eingebrachte Resolution wieder zurückgezogen. —

Die Kartellierung der Bündholzfabriken.

Wie den Brauerzeiten ist auch den Bündholzfabrikanten von dem Zusammenschluß das wertvolle Geschenk gemacht worden, daß neuerlich etliche Unternehmungen eine erhöhte Steuer zu zahlen haben. Den Bündholzfabrikanten ist ein formvollendetes Monopol gegeben, denn die über den bisherigen Produktionsumfang der alten Fabriken hinausgehende sowie die Produktion neu entstehender Fabriken wird mit einem um 20 Prozent erhöhten Steuersatz belastet.

Der Erfolg dieser Gesetzesmacherei äußert sich ganz natürlich auch darin, daß die bisher vergeblich versuchte vollständige und enge Kartellierung der Bündholzfabriken sich nun mehr vollzieht. Nach der „Frankfurter Zeitung“ wird das neue Bündholzmonopol in Form einer G. m. b. H. errichtet, und zwar werden die Preise nicht nur einheitlich festgesetzt, sondern auch der Verkauf zentralisiert werden.

Vorher bestand nur eine lose Bündholzkonvention, in der sich vor dem neuen Gesetz schwere Gegenseite herausgebildet hatten. Die drei größten Streichholzproduzenten, Weinberg, Stahl und Röhré sowie die Union Augsburg, die zusammen etwa 40 Prozent der Produktion beherrschen, sind so gut wie einig. Nur einige mittlere und kleinere Fabriken stellen zurzeit noch einige Bedenken, über die noch keine Einigung erzielt ist. Sie wird aber kommen unter dem Schutze der Bündholzsteuerung. —

Deutschland.

Stichwahltermin in Sachsen-Weimar. Für die zum Landtag notwendigen Stichwahlen ist Termin auf den 17. Dezember angesetzt. —

Nationalliberale Reichstagkandidatur. Für die Nachwahl in den durch den Tod des Rentenabgeordneten de Witt erledigten Wahlkreis Mülheim-Wupperfürth haben die Nationalliberalen den Reichstagswahlkampf fällt in Köln aufgestellt. Fällt ist der Führer der Kölner Jungliberalen. —

Zur Frage der Umsatzsteuer. Eine Deputation des Schutzbundes für Handel und Gewerbe erwiderte der Minister des Innern, daß für eine Landesumsatzsteuer zurzeit keine Aussicht sei, daß aber eine späteren Heranziehung der Warenhäuser usw. durch die Gemeinden anstrebt werden kann. —

Gewerkegellete Rechtsanwälte. In dem Prozeß gegen den Rechtsanwälten Rosenbaum in Köln, der zu 2½ Jahren Gefängnis und zu 5 Jahren Echostrafe verurteilt wurde, waren eine Anzahl Polizeibeamten von Rechtsanwälten gefunden worden. In dem ehemaligen Verfahren wurde Rechtsanwalt Dr. Barth zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt und zu einem Verweis, ferner die Rechtsanwälte werden und Dr. Schreiber zu einem Verweis, bei weiteren Anwalten wird ein Prozeß gegen die Regierung des sämtlichen Ortschaften des Landes angestrengt werden. 32 Ortschaften haben bereits die Klage zugestimmt, während von 25 die Antwort noch aussteht, die aber zweifellos auch bezahlt ausfallen wird. Die Ortschaften wollen endlich einmal mit den unabkömmlichen Fällen gerechnet werden. Die Regierung droht. Im ganzen Deutschland ist das Wild ausließliches Eigentum des Landesherrn. Die Ortschaften verabschieden vor Jahren zunächst im guten eine Einigung mit dem Regierung zu erzielen. Man wollte die Jagd durch Zahlung hoher Summen abschaffen. Die Regierung hatte aber ein rüdes Nein. Nun sollen die Gerichte sprechen. —

Aus dem sächsischen Landtag. Der Landtag beschäftigte sich Mittwoch vertraulich mit einem nationalsozialistischen Antrage auf Vereinfachung und mehr kommunaler Ausgestaltung des Betriebes der Eisenbahn. Es mußte eine Veränderung der Zuständigkeiten und eine Vereinigung der Betriebsverfassung eintreten. Der Minister antwortete, daß nichts nemens seiner Fraktion daran hindert, daß an den inneren Stellen nicht geprägt werden sollte, weil dort schon geprägt wurde, daß aber nach oben sicher eine Vereinigung der Beamten eintreten könnte. Er verurteilte auch den Gewerkschaftsgeist, den die Staatschuldenbildung gegen ihre Angestellten und Arbeitnehmer ausübt und kündigte eine gründliche Behandlung dieser Frage für spätere Zeit an. —

Aus der Parteibewegung.

Preußenbericht. Im „Vorwärts“ veröffentlicht die preußische Landesorganisation in dieser Woche ihren Tätigkeitsbericht und auch der Bericht der Landtagsfraktion beginnt in Fortsetzungen zu erscheinen. Nach dem Organisationsbericht der preußischen Landesorganisation hat die Landeskommission mindestens sechs Wochen vor dem Parteitag der Bezirk- und Wahlkreisvereinen seinen Berichtsbericht zu übermitteln. Diesmal ist der Berichtsbericht zu spät erschienen, um noch zur Grundlage der Besprechung in den Sonderversammlungen gemacht zu werden, zum andern aber bedeutet es eine außerordentliche Mängel, daß sowohl der Bericht des gleichzeitigen Landesauschusses als der der Landtagsfraktion nur im „Vorwärts“ abgedruckt wurde. Dadurch wird den übrigen Parteiführern zugemessen, mit der Wiedergabe des Berichts nicht nur so lange zu warten, bis der „Vorwärts“ den Bericht in Fortsetzungen gebracht hat, es ist auch beindert, rechtzeitig wenigstens einen Aufzug aus dem Bericht zu bringen, da sie nicht vollständig vorliegen. Das würde eine Richtung der übrigen preußischen Parteidrähter bedeuten, selbst wenn der alleinige Redakteur im „Vorwärts“ vorgezeichnet wäre. Das ist aber keineswegs der Fall. Das Statut spricht nur davon, daß die Anträge und die Einladung zum Parteitag im „Vorwärts“ veröffentlicht sind. Der Parteivorstand sieht seit einigen Jahren bereits keine Bedarf, und den der Landtagsfraktion allen deutlichen Parteiblättern gleichzeitig zum Verbrauch zu. Und was den Parteivorstand betrifft, so ist ja doch am Ende auch der preußischen Landesorganisation kein Erfolg sein. —

Beratung. Das Weinberger Parteidrähter berichtet folgende Beratung: Vor einigen Tagen ging eine Runde durch die Weinberger, nach welcher in Frankfurt a. M. ein Rundschreiben der Weinberger mit gefälschten Empfehlungsschreiben der Gewerkschaften der Weinberger Gewerkschaften Gelder herangetragen hat. Bereits am 25. Oktober ist in der Weinberger Parteidrähter, das gleiche Rundschreiben gekommen, nur wurde es hier durch eine Gewerkschaftssekretärin Theodor Weinberger vertrieben. Mit einem

Schreiben einer schlesischen Parteidrähter versehen, gab sie an, ihr Mann sei wegen politischer Betätigung aus Polen ausgewiesen; da er sich in der Schweiz aufhielte, wolle sie mit ihren zwei Kindern nachfahren. Da diese Angaben durch die vorgelegten Schriftstücke bestätigt wurden, wurde Weinberg belohnt. Nunmehr am 5. Dezember wurde die Weinberger in Künzelsau wieder geschenkt, und die Reicherchen haben ergeben, daß man es mit einer Schwindlerin zu tun hat, die einer größeren Gesellschaft von Schwindlern angehört soll. Die Kriminalpolizei hat sich der Angelegenheit angenommen. Da zu befürchten ist, daß die Weinberger weitere derartige Manöver machen wird, geben wir folgendes Signal: Die Theodor Weinberger — sie reist auch unter dem Namen Koch — steht Mitte des 80er Jahre, hat mittlere Statur, schwarzes Haar, das auf beiden Seiten in die Stirn hineingeföhmt ist, spricht gut Deutsch und macht sonst einen sehr vornehmen Eindruck. Diese Weinberger reist gegenwärtig in der Gesellschaft einer anderen Frauensperson, die sich Enna Ulrich nennt. Diese reist aber auch auf den Namen Weiß. Diese Person steht anfangs der 30er Jahre, hat mittlere Statur, blondes Haar und spricht ebenfalls ein reines Deutsch. Gebürtig sollen beide Personen aus Ungarn sein. Sollten sie sich irgendwo blicken lassen, so ist deren Identität durch die Polizei zu beweisen und die Kriminalpolizei sofort zu verständigen. —

Im eignen Heim. Das „Volksblatt“, unser Parteidrähter in Bremen, wird seit Sonnabend, 27. November, in der neuen eigenen Parteidrähterei, Hermannstraße 7, auf modernster, 16seitiger Rotationsmaschine hergestellt. Bisher war das Parteidrähter in Rietzräumen untergebracht. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 9. Dezember 1909.

Gelbe Beamte und Lehrlinge.

Schon am 6. September konnten wir berichten, daß man die Werkmeister des Krupp-Grußowwerkes veranlassen will, dem gelben Werkverein der genannten Firma beizutreten. Wie recht wir hatten, möge folgendes Blatt beweisen, welches der Vorstand des gelben Vereins herausgibt:

In unsre Mitglieder und alle Berislollegen!

Der innere Ausbau und die Ausdehnung unsres Werkvereins bedingen eine Änderung der Geschäftsordnung und eine Ergänzung der Satzung. Zu der Ende d. R. abzuhandelnden Generalversammlung soll die Genehmigung unserer Mitglieder zu folgendem von uns eingebrachten Antrag nachgesucht werden:

1. Der „A. B. G.“ nimmt auch außerordentliche Mitglieder auf, als solche gelten: a) alle Herren Beamten und Angestellten des Friedrich Krupp A. G. Grußowwerke mit einem von ihnen selbst zu bestimmenden Jahresbeitrag; b) alle ordentlichen Mitglieder vom Zeitpunkt ihres Jubiläums an mit einem Jahresbeitrag von 50 Pf.; c) alle Lehrlinge des Werkes mit einem Jahresbeitrag von 50 Pf.

Die Aufnahme geschieht nur auf schriftlichen Antrag. Die außerordentlichen Mitglieder erhalten auf Wunsch alle Drucksachen des Vereins kostenlos. (Sitzung, Jahresbericht usw.) Sie haben das Recht, allen Mitgliederversammlungen und Vereinsveranstaltungen mit beratender, aber nicht beschließender Stimme beizutreten.

2. Die Alters- und Invaliditäts-Hilfsklasse tritt am 1. Januar 1910 in Kraft; die Zugehörigkeit zu derselben ist Vereinspflicht jedes ordentlichen Mitgliedes. Die Grundzüge werden rechtzeitig bekanntgegeben.

3. Zu den vorberuhenden Vorstand- und Beratungsmaßnahmen ist nicht nur unser Mitgliedern, sondern auch den mit beratender Stimme gestattet.

Die vorberuhenden Sitzungen am 10. und 17. d. M. werden unsern Mitgliedern Gelegenheit, sich über die Zweckmäßigkeiten vorstehender Anträge zu unterrichten und etwaige Bedenken vorzubringen.

Also nicht nur die Werkmeister, sondern alle Beamten und Angestellten und sogar die Lehrlinge vom Krupp-Grußowwerke können oder richtiger sollen Mitglieder des gelben Vereins werden. Herr Oberingenieur Bünker wird schon dafür sorgen, daß seine Anträge auch angenommen werden. Die sämtlichen Angestellten haben dann nur noch nötig, schriftlich ihren Eintritt anzumelden. Sie werden Herrn Bünker für seine Bemühungen um ihr Seelenheil dank wissen. Aber wie sagt doch Bürger:

Viel klagen hört ich oft erheben

Vom Hochmut, den der Große übt;

Der Große Hochmut wird sich geben.

Wenn unsre Kriecherei sich gibt.

Die Lehrlinge will man dem gelben Werkverein natürlich nur zuführen, weil man hofft, sie dadurch von der freien Jugendorganisation fernhalten zu können. Im übrigen scheint es, als ob durch die Statutenänderung vor allen Dingen auch bezweckt werden soll, das Rekrutierungsbereich zu erweitern. Man befürchtet, daß auch in Magdeburg die gelbe Bewegung, wie ein Führer der Gelben in Dresden sagte, „in zu ruhigere Bahnen gelangt und der Massenbeitritt ein Ende hat“.

Neuartig ist gewiß die Bestimmung, daß alle „Berislollegen“, gleichgültig welcher politischen Partei sie angehören, an den Vorstands- und Beratungsmaßnahmen der Gelben teilnehmen und mitberaten können. Man will wohl Leute zu einer Kritik der Werksleitung veranlassen und ihnen dann einen Streit daraus drehen! —

Mugdan-Versammlung!

Die Ankündigung, daß Dr. Mugdan (Berlin) im Bohlberlin der Freiunigen Bohlsparte einen politischen Vortrag halten würde, baute viele Männerlein und Weiblein am Mittwoch abend noch dem Richardischen Saal in der Wittenstraße gelöst. Ob sie alle, besonders die Mitglieder des bürgerlichen Frauenvereins, auf ihre Bedingung gekommen sind, muß beweist werden. Eine Anzahl der leitenden nationalsozialistischen Geister, wie der Sekretär Braumann und die Stadtverordneten Bartels und Otto Grulow waren ebenfalls anwesend. Ob sie nur das Terrain beobachtet oder die Waffenbrüderchaft mit den Liberalen zur Schau tragen wollten?

Selbstredend war auch Herr Kobelt da. Er hatte sich beschieden an einem Tisch im Hintergrund des Saales gezeigt, um so in aller Ruhe die Rede seines Bohlspartens Mugdan anhören zu können. Daum hatte man aber den Vorstand der Freiunigen von dem Leichenherrn Kobelt in Kenntnis gesetzt, als eiligen Schritte Herr Kobelt und Herr Meinede sich nahmen und den Außenmählten des Magdeburger Bürgertums mehr nach vorne in das Licht der Kampe entführten. Selbstdredig und neu war die Art wie Herr Kobelt und die Versammlung einleitete. Er wies zunächst die Ausführung des Abgeordneten v. Kamp, der im Reichstag erklärte, Schmergeldzahlen sei der Kaufmannsstand gang und gäbe, mit Entrüstung zurück. Denn — so sagte Herr Kobelt: Wer schmeißt ist ein Lump und wer sich schmeißt läßt ist ein noch gedrigerer Lump. Dann ergab Herr Kobelt einen Spott über die letzte Versammlung des Konservativen

10.12.1909

Reparaturen in eigener Werkstatt.

10% Rabatt Weihnachts-Verkauf 10% Rabatt

Um mein großes Lager zum Feste zu räumen, verlasse zu äußerst billigen Preisen:
Dampfmaschinen, Heißluftmotoren (Jede Maschine ist genau geprüft)
Bei jeder Maschine von 4.00 M. an gebe ein Betriebs-Modell gratis zu.

Eisenbahnen mit Uhrwerk mit Schienen von 2.75 bis 30.00

Influenzmaschinen, Laterna magica, Kinematographen, Motoren, Induktionsapparate.
Rathenower Brillen u. Klemmer

Ich führe nur beste Qualität, auf jeder Rose fest und leicht sitzende, mit besten Rathenower Gläsern
in Nickel 1.50, Gummi und schwarz Stahl 2.50, Elektra-Dublee 3.00, Prima Gold-Dublee 6.00, 7.00, 7.50
Meine Gold-Dublee-Brillen und -Klemmer sind der beste Ersatz für echt goldene, werden nicht matt.
Neuerst günstige Weihnachts-Offerete in Theatergläsern schwarz und Perlmutt von 5.00 M.

Barometer, Reisegeuge, Thermometer, Stereoskopie und Bilder, Orgnetten usw. zu den billigsten Preisen.

Optisches Spezialgeschäft Willy Heinemann K. W. Stein Nachf.
dicht am Scharnhorstplatz 267 Breiteweg 267 dicht am Scharnhorstplatz

Umtausch nach dem Feste gern gestattet.



Fernspr. 4944

Berles Weihnachtsgeschenk für jede Haushalt

Wringmaschinen

in Riesenauswahl.

Walzenlänge 80 cm nur 10
88
88
88
89
42
Walzenlänge 80 cm nur 13
88
88
88
89
42
Walzenlänge 80 cm nur 15
88
88
88
89
42

la. Qualität, extra starke Gummiauflage
Walzenlänge 80 cm nur 13
88
88
88
89
42
Walzenlänge 80 cm nur 15
88
88
88
89
42

Eureka - Heiss - Wringma
Doppelfeder, la. Para-Qualität!
Eureka - Heiss - Wringma

Reparaturen prompt und billigst.

Albert Brennecke, Magdeburg-S., Ecke Westendstraße u. Halberstädter Straße

I. Brilles Für Weihnachts-Geschenke

empfiehlt in guten reellen Qualitäten und bekannt billig:
Damen-Hemden, Blusenkleider, Nachtkleider, Barchen-Blusenkleider, Hosen, Hemden, Normalhemden, Hosen, Unterhosen, Reform-, Wirtschaftshosen und Tändelschlürzen, Handtücher, Laken, fertige Bezüge, weiße Taschen-tücher, seidene Halstücher, Walklacken, Strickwesten, Sweater, Manschetten, Krägen, Servietten, Schlippe, Hosenträger, Portemonnaies.

Meine Spielwaren-Ausstellung bietet größte Auswahl bei billigsten Preisen.
Bei Einkauf von 2 M. an erhält jeder Kunde ein Geschenk gratis.

I. Brilles, Magdeburg-Neustadt
Nr. 20 Lübecker Straße Nr. 20.



F. Pützkühl
Lübeckerstr. 120.
Hüte, Mützen,
Schirme, Handschuhe,
Wäsche, Cravatt,
Hosensträger,
Söckchen etc.

Jeden Sonnabend:

Fröhliche Flüß- u. Seefische
Männerwaren
Martindale - Delphineinen

Romane
zu verleihen Tränsberg 23.

Anna Busse
2235 Wilhelmstadt
Olvenstedter Str. 36.

Norddeutsches Schokoladenhaus

Wirklich 60 eigene Filialen, u. a. in
Magdeburg: Breiteweg 2, Breiteweg 102, Tischlerbrücke 3, Schöne
becker Straße 109 a, Halberstädter Straße 107.
Staßfurt: Steinstraße 10 a. — Burg: Schartauer Straße 44
Aschersleben: Markt 7.

Beachten Sie bitte unsre Weihnachts-Ausstellung
Große Auswahl! 1097 Billige Preise!

Ein kleiner Vortrag von der
Neuen illustrierten 2-bändigen Pracht-Ausgabe

Fritz Reuters sämtl. Werke

ist noch vorläufig. Bis auf weiteres liefern wir diese Ausgabe
zum Vorzugspreise von 3.50 Mark, beide Bände elegant gebund
1156 Seiten mit vorzüglichen Illustrationen.
Gratis-Beigabe: Hochdeutsches Wörterbuch.
Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße

Großer Weihnachts-Verkauf

in fast allen Abteilungen!

Barasch

Damen-Putz

Garnierte Damen-Hüte nur diesjährige eigne Modelle und Kopien

Serie I früherer Verkaufspreis b. 10.50 jetzt 4.50 2.50

Serie II früherer Verkaufspreis b. 28.00 jetzt 12.50 7.50

Damen-Hüte engl. garniert früherer Verkaufspreis b. 4.95 jetzt 2.85 1.65

Damen-Hüte ungarniert früherer Verkaufspreis b. 9.85 jetzt 3.95 2.85 1.75

Hutflügel u. Phantasiefedern jetzt 1.95 95 38

Hutblumen-Pikett jetzt 65

Reinseidenes Taffetband in vielen Farben b. 11 cm breit Meter 48 und 35

Regenschirme

Spezialmarke „Athlet“, Alleinverkauf für Magdeburg

Damen-Schirm halbseide, mit Futteral . . . 4.25

Damen-Schirm reine Seide, mit Futteral . . . 5.95

Herren-Schirm halbseide, mit Futteral . . . 4.50

Herren-Schirm reine Seide, mit Futteral . . . 6.50

Stockschirm „Ideal“ reine Seide, praktische Neuheit 9.50

Barasch

Handarbeiten

Rückenkissen fertig, in Leinen, Seide, Filztuch, nordischer

Stückerei u. Kelim 18.50 13.50 11.50 9.75 6.50 4.25 3.25

Kissenplatten angefangen, in Leinen, Seide, nordischer

Stückerei, Kelim Gobelin-Hüderei mit Material

25.00 19.50 13.50 9.75 7.75 6.75 5.75 4.75

Fenstermantel fertig gefertigt, in großer Auswahl, in

bordäug. oliv, blau 17.50 15.00 10.50

Klavierdecken Filztuch, fertig gefertigt, grün, bordäug. blau

10.50 8.25 7.75

Läufer Filztuch, fertig 5.25 4.85 4.25

Gobelins-Bilder mit Material 16.50 12.50 9.75 6.50 4.50

Ofenschirme Gobelin-Stückerei 9.50 6.50

Decken (Milizien) in Leinen und Seide, Gobelin und

Rongressstoff angefangen, mit Material

23.50 19.50 15.50 12.00 8.50 7.50 6.50 3.00

Daisy-Kissenplatten fertig 7.35 6.75 5.75

Vorleger Daisy-Arbeit 22.00

Daisy-Stuhlkäfer 25.00 19.50

Stuhlkissen Zierlich, Filztuch, verschiedene Farben 4.25

Teekannen-Wärmer Filztuch, Applikation 3.25

Kaffeemützen handgehäkelt 4.50

Paradehandtücher vorgezeichnet 4.25 bis 1.95 1.65 1.35 95 58

Serviettendecken vorgezeichnet 2.25 1.95 1.65 1.35 95

Kaffeedecken weiß u. grau, vorgez. 11.50 9.50 7.00 6.25 2.75

Bettspülche Widastoff, vorgez. 3.75 3.25 2.50 2.25 1.95 1.35

Wäschekorbdecken vorgezeichnet 1.95 1.65 1.35 95

Küchen-Paradehandtücher fertig gefertigt

4.25 4.00 3.75 3.25 2.75 1.95 1.65 1.10

Barasch

Schuhwaren

Damenstiefel echt Chevreau 10.50 8.50 5.50

Bogcali oder Chrombog 9.50 8.50 6.50

Herrenstiefel echt Chevreau od. Bogcali 10.50 8.50

Chrombogleder 7.50 6.90

Kinderstiefel echt Chevreau oder Chrombogleder

Gr. 25 u. 26 27 u. 28 29 u. 30 31 u. 32 32/33 36/39

Paar 3.50 3.95 4.50 4.95 5.50 6.45

Kinderstiefel Röhlüber, genagelt Unterhoden

Größe 25 u. 26 27/30 31/35 36/39

Paar 2.50 3.25 3.45 4.25

Gummischuhe Prima Fabrikat

Kamelhaar-Schnallenstiefel und -Schuhe

für Damen, Herren und Kinder

Filzschuhe und Pantoffel in großer Auswahl
besonders preiswert

Als Geschenkwerke sehr geeignet:
Handarbeitsbücher Verlag der Deutschen Modezeitung,
Verlag Thérèse de Dillmont

Bereits, wo ganze 18 Mann im "Weißen Bär" versammelt gewesen waren, zu denen als 14 sich schließlich noch Herr Streitlein zugesellt hatte. Nachdem sich das Geldstück über diesen Witz gelegt hatte, drohte Herr Mugdan den Konservativen mit dem Konkordat und erzielte damit Abgeordnetenstimmen in der Stadt.

Dieser beschäftigte sich zunächst mit dem alten Reichskanzler Bülow, dessen Sturz und mit dem neuen Kanzler, der anschließend ganz nah gar nicht nach dem Geschmack Mugdans und seiner Freunde ist. Noch weniger ist Redner, der der neuen konservativen Klientel Mehrheit erbot, weil durch diesen Zusammenschluß der Liberalismus um alle Hoffnungen betrogen worden ist. Auf die Finanzvolumen übergehend, meinte Redner, da Steuern auf Hummer, Auster und Kaput nichts einbringen, sei es schon vorteilhafter, Gebrauchsartikel der großen Masse des Volkes zu besteuern; auch er wäre dazu bereit gewesen, aber daneben hätten auch Steuern, die den Besitz treffen, zur Einführung gelangen müssen. Herr Mugdan ist davon überzeugt, daß es, solange das preußische Wahlrecht existiert, nie eine Erbbauliste geben wird, die etwas einbringe. Die ewige Salutschüchterei in Kiel, wann der Kaiser durch die Buchstaben nicht nötig, es könne gespart werden. Servi seien eine starke Flotte und ebenjöliche Landarmee notwendig, aber — es dürfe kein Pfennig unzulässig ausgegeben werden. So in diesem ehrwürdigen Lamento wurden weiter die Kriegerversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung, die Erhöhung des Soldes der Soldaten, das kommende Reichsversicherungsgesetz u. a. behandelt. Redner ist für alles und ist auch für nichts, nicht einmal für die so notwendigen Arbeitsklamotten.

Leider eins ist sich Herr Mugdan aber doch klar, nämlich darüber, daß die nächsten Reichstagswahlen für den Liberalismus nicht günstig sein werden. Von 1913 an aber werde der Liberalismus die ihm gehörende Bedeutung erhalten. Herr Mugdan ist also guter Hoffnung; warten wir ab, was dabei herauskommt.

In der Diskussion sprach Herr Fassauer dem Liberalismus jede Regierungsfähigkeit ab und prophezeite, daß bei den nächsten Wahlen, dem Judge der Zeit folgend, Magdeburg an die Sozialdemokratie verloren gehen werde. Als Beweis dafür, daß im politischen Leben der Zug nach links geht, teilte Herr Fassauer die verblüffende Entdeckung mit, daß die Sozialdemokraten früher ja auch freilich gewesen seien. Nachdem Herr Mugdan die Frage des Lehrers über, ob er Mugdan, Ehrenmitglied des Reichsgerichts anhob, gewesen sei oder noch sei, mit nein beantwortet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

— Sonntagsschuhe im Handelsgewerbe. Die Ortsgruppe Magdeburg vom Zentralverband der Handlungsgesellschaften und -gehilfinnen Deutschlands beschloß in der am Montag abgehaltenen Mitgliederversammlung folgende Erklärung dem Reichsamt des Innern zu unterbreiten:

Die am 6. Dezember 1909 in Magdeburg, Große Stockstraße 7, tagende, vom Zentralverband der Handlungsgesellschaften und -gehilfinnen Deutschlands einberufene Versammlung gestattet sich, das Reichsamt des Innern darauf hinzuweisen, daß eine Regelung der Sonntagsschuhe im Handelsgewerbe in dem Sinne, wie sie neuerdings offiziell angekündigt worden ist, den Wünschen der kaufmännischen Angestellten nicht genügt. Die Angestellten, denen man doch in dieser Frage die praktische Erfahrung nicht abnehmen kann, sind der Überzeugung, daß für alle Geschäftszweige die Sonntagsschuhe in Kontoreen durchgeführt werden kann. Dieselbe gilt für die Sonntagsschuhe in den öffnen Verkaufsstellen. Daß ein Bericht der Sonntagssarbeit in Kaufgeschäften durchführbar ist, hat auch die im Frühjahr dieses Jahres vom Zentralverband der Handlungsgesellschaften und -gehilfinnen vorgenommene Erhebung ergeben, nach der sich 55 Gewerkschaftsräte im Namen von mehr als anderthalb Millionen Arbeitern vom Standpunkt der Konzessionen wie folgt aussprachen: „Die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene regelmäßige öffentliche Verkaufzeit ist nach den Erfahrungen am hiesigen Ort durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagssarbeit im Handelsgewerbe.“ Wenn an Sonn- und Festtagen im den Kleinhandel von Milch, Butterwaren, Fleisch und Eis eine „lange“ Verkaufzeit in den kleinen Vorzugs Kunden zugelassen wird, so ist allen gerechtlichen Ansprüchen vollem Entgegen gekommen; im übrigen kann jegliche Arbeits- und Verkaufzeit im Handelsgewerbe verbieten werden.“ Die Versammlung hält das Reichsamt des Innern, in diesem Sinne einen Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Sonntagsschuhe im Handelsgewerbe vorzubereiten.“

— Vom städtischen Hafen. Am 6. Dezember hielten die beim Hafenbetriebsamt des Hafens und bei den Eisenbahnen Beschäftigten eine Betriebsversammlung bei Winter ab. Anlass dazu gaben die in letzter Zeit sich häufenden Verhandlungen besonders bei dieser Verwaltung. Die Rentabilität des Hafens soll um Kosten der Arbeiter geprägt werden. Anders ist dieses Spar-System nicht zu erklären. Besonders bei der Eisenbahn kann das übermäßige Sparen von Arbeitskräften sich einem bitteren Ruhm. Auf den Automobilen werden jetzt nicht mehr geprüfte, sondern ungeprüfte Maschinenführer selbständig beschäftigt, was durch Leben und Gesundheit der Arbeiter aus Spiel gefährdet werden. Bei den Motorfahrern ist es ähnlich. In jedem Corps fahrt immer seit länger Zeit ein Mann. Bei dieser mit allen Gefahren verbundenen Arbeit ist das ein Sparen an verdeckter Stelle. Wäre es nicht viel angenehmer, bei den Beamten zu sparen? Vor einiger Zeit betrugen die Beamtengehälte 97 000 Mark, wohingegen die Arbeiterlöhne nur 33 000 Mark ausmachten. Hier wäre der Schein anzusehen. Die erste Abteilung des Rangierpersonals beginnt ihren Dienst früh um 6 Uhr und beendet ihn nachmittags um 4 Uhr. Eine enderthalbstündige Pause ist zwar in dem Reglement vorgesehen; wenn die Arbeiter sich darunter bewegen, so heißt es einfach: Da geht noch mehr! Bei der zweiten Abteilung ist es ebenso. Dieser Dienst dauert von früh 6 Uhr bis ebenso 8½ Uhr, entsprechend einer zweistündigen Pause. Da aber zur Beendigung der Arbeit drei Corps notwendig sind, so wird das dritte aus den Gleiswärtern gebildet. Diese sind von früh 7 bis nachmittags 4 Uhr tätig. Nach einer halbstündigen Pause müssen sie dann noch als Rangierer bis abends 9 Uhr und darüber hinaus arbeiten. Nun male sich aus, wenn ungeprüfte Beamte zur Bedienung der Eisenbahnzüge herangezogen werden, was da nicht alles eintreten kann. Kurzum lohgt Herr Ingenieur Schmidt das zu? Die längst zu leidenden Überzünden verhindern den entzündeten Bild. Weil bei den Rangierpersonals Rangierarbeiten werden die Schrankenbeleger zum Zuhören mit verdonkt. Ihre langsame Arbeit müßte sie aber auch noch mit bestrafen. Für 15 Arbeitszunden werden aber nur 18 bezahlt. Von Beamten kann keine Rede sein. Für die Arbeiter des Hafenbetriebsamtes ist die Arbeitsszeit um eine Viertelstunde verlängert worden. Standort des Dienstes sei um 7 Uhr beginnt, während sie eine Dienststunde vorher anstreben. Arbeiten von 6 bis 7 Uhr fristet werden auch nicht bestellt. Die Arbeiter müssen jetzt eine halbe Stunde vorher an Ort und Stelle sein, fallsverhindrig auch in den Pausen. Die Arbeiter sollen für alle Sodien einzutreten. Doch zu dieser Arbeit, besonders früh, wenn es noch dunkel ist, und sonst gehört jämmerlich der Schrankenbeleger nicht eingekauft. Nicht allzuviel kommt es vor, daß die Rangierer befiehlt sind, die Rangierarbeiten sind zu tun, das kann ja nicht fehlen, da doch geprägt werden darf. Eine längstige Pause eingeschlossen, so werden sie nicht fehlen durch Denunziation wieder außer Arbeit geholt. Ein solches Maß ist erkärtlich wieder mit dem Schriftsteller Bülow passiert. Der Name war richtig, was auch allgemein von den Rangierern erkannt wurde. Der Schriftsteller schreibt eine lange Geschichte, eine lange Rangierergeschichte in Deutschland ganz ungern. (Schriftsteller Bülow spricht hier.) Schlimm wäre es aber, wenn die Beiträge auf ihre Geschichte, Biografie und Schriften bezogen würden. Die Regierung würde eine Sanktion bei Schriftsteller und Biographie noch machen und anfangen trüben, Überprüfungen und Exponate zu beschließen.

Und zum Abschluß durch den Staatsanwalt des Reichsgerichts Berlin, um den Gott näher zu begründen. —

Der englische Wahlkampf.

Wb. London, 9. Dezember. Gestern abend hielten zahlreiche Mitglieder der Regierung Wahlreden. Die Ablehnung des Budgets verteidigten die Lords Camperdown und Bessborough in Reden, die sie in Romford und Wellingborough hielten. Die Bemerkung Bessboroughs, daß England im Innern vom Sozialismus, von außen durch Deutschland bedroht werde, wurde mit Geschrei aufgenommen, worauf Bessborough ausrief: „Sie werden mir nicht glauben, bis Ihnen die Deutschen ihr Wahlrecht in den Beifall zögern!“ Diese Bemerkung rief erneutes Geschrei hervor. —

Wb. London, 9. Dezember. Der gestern veröffentlichte Tarifplan wird hier viel besprochen. Die konservativen Blätter ignorierten gestern sämtlich das Schema. Heute drehen sich nur die „Morning Post“ und der „Standard“ dazu, die es als interessant, aber nicht als maßgebend bezeichnen; sie vermischen den Hinweis, daß zum Ausgleich für Bälle auf andre Lebensmittel die Abgaben auf Tee und Zucker erhöht werden sollen. Die liberalen Blätter betrachten das Schema als maßgebend und sagen, sie seien dankbar für die Veröffentlichung dieses teuren Nahrungsmittelbudgets, durch das die extremen Tarifreformen von Birmingham einen Druck auf Balsour ausüben wollen, der jetzt schwierig die Darlegung seiner Ansichten über die Nahrungsmittelsteuerung umgehen könnte.

Wb. Hamburg, 9. Dezember. Die Explosion der Gasanstalt hat anscheinend noch ein weiteres Opfer gefordert. Ein Elektriker sprang im Augenblick der Explosion aus Schrecken aus seinem Hahn und wird seitdem vermisst. Man glaubt, daß er ertrunken ist. —

Wb. Hamburg, 9. Dezember. Von den im Hafenkrankenhaus untergebrachten Schwerverletzten ist gestern in später Abendstunde der Arbeiter Göring gestorben, so daß die Zahl der Todesfälle nunmehr 15 beträgt. Außerdem wird der Werkführer vermisst, der bei der ersten Explosion ins Wasser gesprungen und wahrscheinlich ertrunken ist. —

Wb. Berlin, 9. Dezember. (Eig. Drabik. d. „Vollst.“) Zu dem geheimnisvollen Frauensmord wird noch gemeldet: In verschiedenen Städten in Berlin und den Vororten wurden zahlreiche Kleidungsstücke gefunden. Ob diese mit dem Mord in Beziehung stehen, weiß noch nicht sehr. In Pankow wurde eine abgeschnittene Nase gefunden. Im Polizeipräsidium finden fortwährend Vermummungen statt, um die Persönlichkeit der Ermordeten feststellen zu können. —

Wb. Berlin, 9. Dezember. Der Fischler Ernst Gutschow hat heute vormittag die unverheilte Marie Schäffki durch zwie Schüsse erschossen. Der Täter ist festgenommen worden. —

Wb. Bitterfeld, 9. Dezember. „Barzelai 5“ unternahm gestern nachmittag mit 200 Kubikmetern Sprengstoff seine erste Probeahrt, die vollständig gelang. Er kreuzte eine halbe Stunde über Bitterfeld und landete glatt. —

Wb. Friedrichshagen bei Berlin, 9. Dezember. In der vergangenen Nacht hat der Gutsbesitzer Asmann auf dem Gute Betschau bei Friedrichshagen in einem Anfall von Wahnsinn seine Frau erwürgt. Der Täter ist nach dem Irrenhaus gebracht worden. —

Wb. Königsbrücke, 9. Dezember. (Eig. Drabik. d. „Vollst.“) In der Gemeinde Basse von Bismarckhütte wurde vergangene Nacht ein Einbruch verübt. Die Einbrecher entwendeten 240 000 Mark, 205 000 Mark in Papier, den Rest in Gold. Außerdem wurden ein Sparkassenbuch mit 130 000 Mark Gläser und einige andre Sparkassenbücher entwendet. Keine Spur, obwohl in beiden Ortschaften war. —

Wb. Kiel, 9. Dezember. Bei Knopf am Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde gestern der Wochenhörer Kröger von zwei Bandenbürzern überfallen, ermordet und bezubt. Die Leiche wurde am Abend aufgefunden. Ein Täter ist ergriffen worden; der andre ist flüchtig. —

Wb. Bari, 9. Dezember. Ein junger Gelehrter namens Rignou hat in Gemeinschaft mit dem Direktor des städtischen Botanikums, Fournier, einen Apparat erfunden, welcher gestattet, die Person, mit der man sich telefonisch unterhält, auf mehrere Kilometer Entfernung zu hören.

Wb. London, 9. Dezember. (Eig. Drabik. d. „Vollst.“) „Times“ bringt die Nachricht, daß die „New York Times“ am Freitag den Nachweis führen will, daß der Nordpolstreiter der „Görl“ ein Schwindler sei. Auf Grund von Schriftstücken soll bewiesen werden, daß die Nordpolreise mit zwei Helferschiffen am Schreitisch ausgeführt wurde. Die beiden Komplizen — ein ehemaliger Seesäger und ein Agent — haben nautische Beobachtungen und Vermessungen auf Coats Inselung gefilzt und den ganzen Schwindel verraten, weil Coot die vereinbarte Summe nicht zahlen wollte. —

Wb. Boston, 9. Dezember. Der Schatzkästlein Mr. Beach erklärt in einer hier gehaltenen Rede, die geänderte Haltung der republikanischen Partei gegenüber der Revision des Tarifs im Sinne der Herauslösung, wie sie durch das Tarifgesetz von 1909 angegeben sei, werde nicht genügend gewürdigt. Die Bewegung habe mit diesem Gesetz noch nicht ihre Ende erreicht; sondern die in dem Gesetz vorgezeichnete Tarifkommission werde in der Folgezeit noch eine Reihe von Änderungsanträgen durch Untersuchungen vorzubereiten haben. —

Wb. Marseille, 9. Dezember. Das Vaggerschiff „Alessandro“ das am 21. Oktober von hier nach Dakar abgegangen war und seitdem verschollen ist, wird als verloren betrachtet. Das Schiff, das von dem Kapitän Le Sauvage, dem Sohne des Erbauers, besetzt wird und eine Besatzung von 21 Mann hat, sollte Gibraltar und Las Palmas anlaufen, ist aber nirgends signalisiert worden. In Marinetreinen wird erklärt, daß es sehr unvorsichtig war, das schwere Schiff ohne Kompaß und Begleitschiff eine solche Reise antreten zu lassen. —

* Petersburg, 9. Dezember. In den Wandsärgen der Duma war das Gerücht verbreitet, auf der Bartenacht „Staudor“ seien zwie in Bremen gefunden. In Jalta und Kiew sollen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sein. —

* Petersburg, 9. Dezember. Die Gerüchte über die Absicht Japans, im Frühjahr die nördliche Hälfte von Sachalin und Kamtschatka zu erobern, hören nicht auf. Russische Diplomaten suchen diesen Gerüchten durch den Hinweis darauf entgegenzutreten, daß Japan jetzt kein Gold hat. Doch sieht das wenig. Unter den Ministern ist Kotsowitsch der Ansicht, daß Russland unter keinen Umständen einen neuen Krieg mit Japan wagen dürfe. Aus Russland wird geweckt, der dortigen Geschäftswelt habe sich eine Panik bemächtigt. —

Wb. New York, 9. Dezember. Die „New York Times“ veröffentlicht den Inhalt einer von Kapitän Goose und dem Versicherungsmann Clegg abgegebenen Erklärung, nach der ihnen Dr. Coo 4000 Dollar für ihre Mitarbeit an dem Bericht über seine Passage von Sparteitag bis zum 10. November zugesetzt habe. Coot sei jedoch abgezogen, nachdem er ihnen nur einen geringen Teil der vereinbarten Summe gezahlt hätte. —

Wettervorherfrage.
Freitag den 10. Dezember: Gleichmäßig trüb, mildes Wetter, ohne nennenswerte Niederschläge. —

10, 12, 1909